

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 41. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 20.12.2010

## Durchgesetzt

Bei Enthaltung von Teilen der Linksfraktion bringt die rot-grüne Minderheitsregierung ihren Nachtragshaushalt 2010 durchs Plenum. Vorangegangen war eine hitzige Debatte mit CDU und FDP.

## S. 3-5

## Erlaubt?

Dürfen hoch verschuldete Kommunen einen Energieriesen kaufen? Konkret stellt sich die Frage am Beispiel der Steag. Eine aktuelle Entscheidung und eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte.

## S. 6

## Herausfordernd

Das Jahr 2010 brachte NRW einen neuen Landtag und eine neue Landesregierung, allerdings ohne parlamentarische Mehrheit. Neue Konstellationen, neue Ziele. Rückblick und Ausblick.

## S. 10-13

## Angehört

Qualitätssteigerung oder zu hohe Belastung? Hochschulen und Studierende bewerten die bestehenden Studienbeiträge naturgemäß unterschiedlich. Das zeigte auch eine Anhörung.

## S. 15

## Ein bewegtes Jahr

## Das politische Geschehen im Zeitraffer

# 2010 – Spiegelstriche

Es ist wie immer. Und doch immer wieder neu. Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Ein neues Kapitel beginnt. Blicken wir zurück, sehen wir große und kleine Themen, die die politische Welt bewegten. Da wäre zum einen die schwere Weltwirtschaftskrise des letzten Jahres. Ihre Auswirkungen reichen auch im Jahr 2010 über die Bundes- und Landespolitik hinaus bis in jede Kommune. Wie am besten verfahren? Grundsätzliche Positionen werden deutlich: Mehr Staatsinitiative? Oder doch eher eine Stärkung privaten Engagements? Wie viele Rücklagen sind notwendig, wie viele vorbeugende Investitionen? In Krisenzeiten wird die Vernetzung zwischen Finanz-, Wirtschafts-, Kommunal- und Bildungspolitik deutlicher als sonst, wie die Programme von Bund und Land zur Bekämpfung der Rezession und zur Vorbereitung auf zukünftige Herausforderungen gezeigt haben.

Spannende Zeiten für politische Auseinandersetzung. Im Wahlkampf für die Landtagswahl am 9. Mai 2010 werden unterschiedliche Ansätze und Lösungsmodelle noch sichtbarer als sonst. Das Wahlergebnis zeigt ihre Wertung durch die Bürgerinnen und Bürger und bringt doch keine Klarheit. Als Folge erhält NRW eine Minderheitsregierung. Diese muss bei jeder Abstimmung um Mehrheiten ringen. Der Landtag rückt noch stärker in den Fokus der politischen Beobachter.

Zentrale Themen der politischen Debatte, das, was die Gesellschaft berührt und von den Abgeordneten aufgegriffen wird, bestimmen die

Schwerpunkte der Parlamentszeitschrift Landtag Intern auch im 40. Jahr ihres Bestehens.

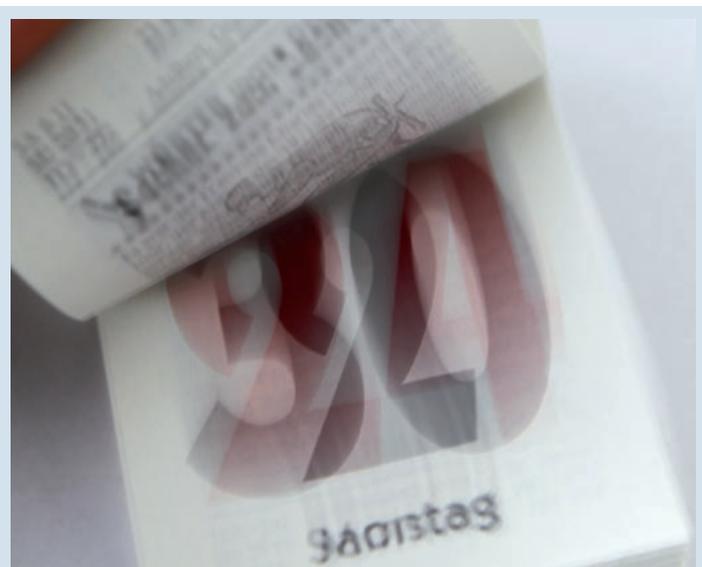
Auf die Arbeit des Landtags in den letzten zwölf Monaten blickt diese Ausgabe zurück – sowohl mit einer Jahresschau als auch mit den Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden in der Rubrik „Schlag auf Schlag“.

Grundlage des politischen Handelns ist das vom Landtag bewilligte Geld. Nicht umsonst schlagen bei Haushaltsdebatten die Wogen besonders hoch – so auch über den Nachtragshaushalt 2010. Wofür zusätzliches Geld bereitgestellt werden soll und wofür nicht, wie die Vorhaben zu finanzieren sind: Thema der ersten Seiten dieser Ausgabe.

## AUSBLICK

Die Verabschiedung des Haushalts ist eine zentrale Aufgabe des Parlaments. Sie wird Landtag Intern ins neue Jahr hinein begleiten. Ebenso zum Beispiel die Fragen nach der optimalen Schulstruktur, nach dem Für und Wider von Studienbeiträgen, nach den Grenzen kommunalwirtschaftlicher Betätigung. Der Landtag, die Volksvertretung der Bürgerinnen und Bürger an Rhein, Ruhr und Lippe bleibt zentraler und spannender Ort der politischen Auseinandersetzung.

CW



### Schwerpunkt: Jahresrückblick 2010

**Schlag auf Schlag** ..... 10-11

**Ein Jahr voller Herausforderungen** ..... 12-13

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

<b>Haushalt I: Mehr Einnahmen, mehr Rücklagen, mehr Schulden</b> .....	3
<b>Haushalt II: Das Geld und die Gretchenfrage</b> .....	4
<b>Kommunales: Politische und wirtschaftliche Risikoabwägung</b> .....	6
<b>Kinder: U3-Betreuung – Bauruinen oder Baulüge?</b> .....	7
<b>Bauwesen: Teures Laster Landesarchiv?</b> .....	8
<b>Bildung: Gemeinschaftsschule im Testbetrieb</b> ...	9

### Aus den Ausschüssen:

<b>Hochschule: Pro und Contra Studiengebühren</b> .....	15
<b>Meldungen</b> .....	18
<b>Gesetzgebung</b> .....	14
<b>Aus den Fraktionen</b> .....	16-17
<b>Porträt: Angela Freimuth (FDP)</b> .....	19
<b>Impressum</b> .....	19
<b>Termine</b> .....	20

# Mehr Einnahmen, mehr Rücklagen, mehr Schulden

## Anhörung: Entspricht der Nachtragshaushalt der Verfassung?

*Dezember 2010 – Ende dieses Jahres wurde es für den Nachtragshaushalt 2010 und damit auch für die Landesregierung ernst. Ein Kernpunkt der Debatte bezog sich auf eine Vorgabe aus der Landesverfassung: Das Land darf nur so viel Kredite aufnehmen, wie es für Investitionen ausgibt. Dieser Wert wird durch den Nachtragshaushalt mit 4,5 Milliarden Euro überschritten. Ein zweiter Knackpunkt: ob man damit, sozusagen auf Pump, Rücklagen bilden darf. Ist der Landshaushalt also verfassungswidrig? Diese Frage war Gegenstand einer Expertenanhörung am 6. Dezember 2010 im Haushaltsausschuss (Vorsitz Manfred Palmén CDU), bevor dann im Ausschuss wie auch im Plenum die Beschlussfassung anstand.*

„Diese Überschreitung ist eindeutig durch das Vorliegen einer gravierenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gerechtfertigt“, meinte Henner Will vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung und begründete seine These mit einer dauerhaften Unterbeschäftigung und einem strukturell zu niedrigen Wachstum. Die durch die Weltwirtschaftskrise verursachte Produktionslücke werde mindestens noch bis Ende 2011, wenn nicht sogar bis 2013 bestehen. Daher könne er sich durchaus auch ein mehrjähriges Investitionsprogramm auf Landesebene für Bildung wie auch für öffentliche Infrastruktur vorstellen, so Will.

„Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung“, konstatierte dagegen Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Sie habe sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise merklich rascher erholt als erwartet. Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur seien nicht mehr erforderlich, sie könnten sogar prozyklisch, also schädlich wirken. Trotz eines um 860 Millionen Euro höheren Steueraufkommens als erwartet lege die neue Landesregierung nunmehr einen Nachtragshaushalt vor, der die Nettoneuverschuldung um 1,8 Milliarden Euro erhöhe. Damit würden in den kommenden Jahren umso größere Sparanstrengungen notwendig, um die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten, warnte Kambeck. Außerdem sei nicht nachvoll-

ziehbar, warum zum Beispiel die Ausgaben für die WestLB dem Jahr 2010 und nicht verteilt den kommenden Haushaltsjahren zugerechnet werden sollten (Jährlichkeitsprinzip).

### AUF PUMP FINANZIERT?

Die Bildung von Rücklagen sei eine haushaltsrechtlich grundsätzlich zulässige Maßnahme, meinte hingegen Prof. Dr. Johannes Hellermann (Universität Bielefeld). Die Länder könnten Vorsorge für zukünftige Belastungen treffen. Es sei zwar notwendig, dies hinreichend konkret zu erläutern, was im vorliegenden Fall des Nachtragshaushalts aber geschehen sei. Insofern sei auch die Durchbrechung des Jährlichkeitsprinzips gerechtfertigt.

Grundsätzlich habe der Bund der Steuerzahler keine Probleme mit Rücklagen, erläuterte Georg Lampen, Vorsitzender des Landesverbands NRW, aber mit einer über neue Kredite finanzierten Rücklage schon. Des Weiteren sei die Erhöhung der Rücklage für die WestLB in diesem Haushaltsjahr 2010 nicht notwendig. Aus beiden Gründen hielt Lampen den Nachtragshaushalt für verfassungswidrig. Und kritisierte: Die Finanzierung der Betreuung für Kinder unter drei Jahren sei für dieses Jahr gesichert; die Finanzierung für die kommenden Jahre solle nicht über einen Nachtragshaushalt, sondern über die regulären Haushalte erfolgen.

Dies sah Dr. Manfred Beck, Vorstand für Kultur, Bildung, Jugend und Sport der Stadt Gelsenkirchen, ganz anders. „Die Veranschlagung der erforderlichen Mittel in einem Nachtragshaushalt ist unverzichtbar“, erläuterte er mit Hinweis auf die finanzielle Lage der Kommunen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts vom 12. Oktober 2010 ergebe sich nach Meinung der Städte und Gemeinden eine erhebliche Zahlungspflicht des Landes für die Jahre 2009 und 2010; daher entspreche es den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit, entsprechende Rücklagen zu bilden.

„Die vorgesehene Mittelbereitstellung ist in keiner Weise ausreichend“, kritisierte darüber hinaus Gerhard Stranz vom „Progressiven Eltern- und Erzieherverband“. So unterstelle man eine um mindestens 14.000 Plätze zu niedrige Anzahl an Betreuungsplätzen. Des Weiteren werde die Bedarfslage unzureichend berücksichtigt. Es müsse von einer Bedarfslage ausgegangen werden, die deutlich mehr als 35 Prozent der Kinder umfasse. Vor diesem Hintergrund hielt Stranz zusätzliche Mittel für dringend notwendig. cw

Nach der Anhörung gab der Haushaltsausschuss am 9. Dezember 2010 seine Zustimmung zum Nachtragshaushalt 2010 (Drs. 15/200) und zu den Änderungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 (Drs. 15/207). Am 15. und 16. Dezember ging es dann zur zweiten und dritten Lesung ins Plenum.

# Das Geld und die Gretchenfrage

## Debatte über Nachtragshaushalt und Mehrheitskonstellationen

*16. Dezember 2010 – Der Nachtragshaushalt erhitze die Gemüter. In der dritten Lesung kam es zur Generaldebatte mit den Spitzen der Fraktionen und der Landesregierung. Als Schlussbilanz der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung verstehen ihn die Regierungsfractionen von SPD und Grünen. Er sei notwendig, um Finanzlücken zu schließen. CDU und FDP hingegen bemängeln, dass der Nachtragshaushalt völlig vom bisherigen Kurs der Haushaltskonsolidierung abweiche. Sie kritisieren vor allem die zusätzlichen Schulden sowie die kreditfinanzierten Rücklagen für die Westdeutsche Landesbank und kündigen Klage vor dem Verfassungsgericht an. Darüber hinaus sehen die beiden Fraktionen ihre Befürchtung einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit bestätigt. Derweilen betonen die Linken die Notwendigkeit eines Politikwechsels, um die Spielräume für einen sozial-ökologischen Umbau erweitern zu können.*

Nicht nur mangelnden Konsolidierungswillen, sondern auch einen Bruch mit der politischen Kultur warf Karl-Josef Laumann (CDU) Ministerpräsidentin Kraft vor. Denn die rot-grüne Landesregierung habe einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, den sie selbst als verfassungswidrig einschätze. Dies nehme sie billigend in Kauf und weise der Verfassung eine untergeordnete Rolle zu. „Das Parlament ist keine Kirmesbude und die Verfassung kein Fetzen Papier“, empörte sich Laumann und sah die Ministerpräsidentin auf einer finanzpolitischen und verfassungspolitischen Geisterfahrt. Auf dem Beifahrersitz habe die

Linke Platz genommen und bediene das Navigationsgerät. Diesen Vorwurf begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende mit einer Aussage des Linken-Fraktionschefs, beim Nachtrags-

haushalt wären die Haltelinien der Linken eingehalten worden, weswegen die Fraktion nicht gegen ihn stimmen würde. Laumanns Fazit in Richtung Landesregierung: „Sie stoppen nicht vor den Haltelinien der Verfassung, sondern vor den Haltelinien der Linken.“

Norbert Römer (SPD), der den Nachtragshaushalt als Schlussabrechnung der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung betrachtete, warf CDU und FDP im Gegenzug vor, bei ihrer Buchhaltung getäuscht und getrickst zu haben, um über den Wahltermin 2010 zu kommen. Im Übrigen habe auch deren Finanzminister im Jahr 2005 einen Haushalt angekündigt, der gegen die Verfassung verstoße. „Wir tun nichts anderes, als die Finanzen des Landes wieder auf eine ehrliche, auf eine solide Basis zu stellen“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Zukunftsfähige Haushaltspolitik gelinge allerdings nicht mit den bisherigen Instrumenten, etwa Stellen zu streichen oder Ausgaben zu kürzen. Stattdessen müsse der Staat in Prävention investieren, um „Reparaturkosten“ zu vermeiden. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung bedeute jetzt vor allem, die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Nur so könnten Land und Kommunen gemeinsam eine aktive, vorbeugende Sozialpolitik gestalten, argumentierte Römer und kündigte an, man werde NRW in eine gute Zukunft führen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Mit dem Nachtragshaushalt befinde sich Rot-Grün keineswegs auf einer Geisterfahrt, wehrte sich Reiner Priggen (Grüne) gegen den Vorwurf der CDU. Vielmehr sei der Nachtrag ein „stückweit Aufräumarbeit“ von dem, was Schwarz-Gelb nach fünf Jahren Regierungsarbeit hinterlassen habe. Unter diese Aufräumarbeit falle auch die nun verabschiedete Schulgesetzreform. „Damit korrigieren wir Fehlmaßnahmen“, betonte Priggen. Es sei unglaublich, dass sich CDU und FDP als finanzpolitisch solide und generationengerecht darstellten – nicht zuletzt auch mit Blick auf zahlreiche auf Bundesebene von Schwarz-Gelb beschlossene Änderungen, die finanziell zu Lasten des Landes Nordrhein-Westfalen gingen. Gleichzeitig verteidigte Priggen die Arbeit der Linken: Es sei völlig richtig, dass auch diese Fraktion versuche, im Dialog ihre Positionen unterzubringen. CDU und FDP allerdings müssten sich entscheiden, ob sie weiter „Fundamental-Opposition“ betreiben oder konstruktiv mitarbeiten wollten. Priggen: „Sie sind nicht zufällig abgewählt worden.“



Karl-Josef Laumann (CDU)

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Dr. Gerhard Papke, bezeichnete die Debatte um den Nachtragshaushalt als geeigneten Zeitpunkt, eine erste Zwischenbilanz der rot-grünen Regierungsarbeit zu ziehen: „Sie ignorieren Probleme“, kritisierte Papke. Es könne nicht sein, dass trotz unverhofftem Steuer-Plus neue Schulden hinzukämen. Noch nie habe sich in NRW eine Regierung so „dreist“ von dem Ziel der Haushaltskonsolidierung verabschiedet. Während der Finanzminister dies mit einem gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht begründe, verkünde der Wirtschaftsminister den großen Aufschwung. Dies führe die Haushaltspolitik „ad absurdum“, so Papke. „Sie nehmen den Verfassungsbruch eiskalt in Kauf.“ Gleichzeitig versuche Rot-Grün die Menschen über die tatsächliche Beziehung zu den Linken, dem „heimlichen“ Koalitionspartner, hinwegzutäuschen. In diesem Zusammenhang warnte Papke davor, dass die Linke ihre Gunst für den Haushalt 2011 an die Forderung knüpfen könnte, nicht

## 2. Lesung Nachtragshaushalt: Debatte der haushaltspolitischen Sprecher

Im Gegensatz zu anderen Gesetzen muss der Haushalt dreimal beraten werden. Hier die wichtigsten Argumente aus der 2. Lesung am 15. Dezember 2010.

Die Haushaltspolitik der rot-grünen Minderheitsregierung verzichte auf Einsparungen und verlasse den Konsolidierungskurs, so **Christian Weisbrich** (CDU). Der Nachtragshaushalt verletze die Bestimmungen zur Kreditobergrenze, das Wirtschaftlichkeitsgebot, das Jährlichkeitsgebot und die Bundestreue. Deshalb werde man den Verfassungsgerichtshof anrufen.

„Es ist Ihre Bilanz des Tarnens und Verschleierns“, beschrieb dagegen **Martin Börschel** (SPD) den vorgelegten Nachtragshaushalt. So gebe es Finanzierungslücken bei der Beamtenversorgung, den beschlossenen Lehrerstellen, der Absicherung der WestLB und den Einheitslasten. Außerdem hätten CDU und FDP keinen einzigen Änderungsantrag eingereicht.

Der Nachtragshaushalt der neuen Regierung sei eine Schlussabrechnung der „katastrophalen“ schwarz-gelben Politik, meinte auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Die Nettokreditaufnahme sei in den vergangenen fünf Jahren ständig gestiegen. Ihre Ablehnung des Nachtragshaushalts zeige, dass CDU und FDP den Kommunen notwendige Gelder verweigern wollten.

Sparen, Konsolidierung und Generationengerechtigkeit: Dies käme im Nachtragshaushalt nicht vor, kritisierte **Angela Freimuth** (FDP). Rot-Grün nehme neue Schulden auf, obwohl NRW nach jüngsten Prognosen mit einem Steuer-Plus rechnen dürfe. Dies sei wegen des aus ihrer Sicht ungerechtfertigten Überschreitens der Kreditobergrenze verfassungswidrig.

**Rüdiger Sagel** (Linke) forderte nachhaltige Zukunftsinvestitionen für soziale Gerechtigkeit. Im Entwurf des Nachtragshaushalts sah er „allererste, wenn auch kleine Schritte“ in diese Richtung. Die Linke wolle, dass das Geld nicht nur an die Westdeutsche Landesbank fließe, sondern auch an die Kommunen, denn diesen stehe das Wasser bis zum Hals.

**Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** war der festen Überzeugung, dass der Nachtragshaushalt verfassungskonform sei. Im letzten Jahr sei die Wirtschaft um 5,8 Prozent geschrumpft und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bisher noch nicht überwunden. CDU und FDP warf er vor, den vorsorgenden Sozialstaat zu diskreditieren.



Fotos: Schälte

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Wolfgang Zimmermann (Linke)

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

mehr länger vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden.

Ohne die Linke hätte es den Nachtragshaushalt so nicht gegeben, erklärte **Wolfgang Zimmermann** (Linke). Der Fraktionsvorsitzende verwies auf die Schaffung neuer Stellen in Schulen sowie der Umweltüberwachung, auf die zusätzlichen 150 Millionen Euro im Bereich der U3-Betreuung und auf die 300 Millionen Euro für die Kommunen. Positiv sei zu vermerken, dass der Nachtrag keinen Sozialabbau, keinen Stellenabbau und keine Fortsetzung der „Privatisierungsgorgien“ der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung vorsehe. Von daher könne die Linke nicht gegen ihn stimmen. Andererseits genüge der Nachtrag nicht den Bausteinen seiner Partei, erklärte Zimmermann. Dazu gehöre eine deutlich größere Entlastung der Kommunen. Außerdem hätte Rot-Grün 500 zusätzliche Betriebs- und Steuerprüfer einstellen und die Studiengebühren sofort abschaffen sollen. Vor diesem Hintergrund kritisierte

der Linken-Sprecher den Entwurf als „zaghafte, kleinmütige, inkonsequente“. Seine Fraktion werde also nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten.

Die Regierungsfaktionen bräuchten die Unterstützung der Linken nicht, um den Haushalt durchzubringen, erklärte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). „Sie brauchen die Zustimmung der Linken, wenn sie ihn ablehnen wollen“, wandte er sich an CDU und FDP. Deren Finanzpolitik sei gekennzeichnet gewesen durch „Verstecken, Verschieben, Vergessen, Verteufeln und Verklären“. Auf die Kritik, der Haushalt sei verfassungswidrig, erwiderte Walter-Borjans, das wirtschaftliche Gleichgewicht sei nicht in Ordnung, wie der Rückgang der kommunalen Einnahmen aus Gewerbesteuern und der Anstieg der Empfänger von Wohngeld zeigten. Mit dem Ausgangspunkt einer Neuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro hätte das Jahr 2010 so wieso mit einem Rekorddefizit geendet. Außerdem

dem liege der Anteil der Schulden am Haushalt mit 15 Prozent immer noch unter den 16 Prozent, die der Bund nach seinem Sparprogramm erreiche. Die zusätzlichen Rücklagen für die WestLB verteidigte der Finanzminister mit dem Hinweis, niemand wisse, wann die Garantien gezogen würden.

*cw, bra, sow*

Der Nachtragshaushalt erhöht das Haushaltsvolumen um 2,9 auf rund 56 Milliarden Euro. Die Nettoneuverschuldung steigt um 2,9 auf rund 8,5 Milliarden Euro.

Der Nachtragshaushalt 2010 (Drs. 15/200) wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei teilweiser Zustimmung, teilweiser Enthaltung der Linken angenommen. Die Änderungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 (Drs. 15/207) wurden mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Linken angenommen. Anträge von Seiten von CDU und FDP sowie von Seiten der Linken wurden abgelehnt.

# Politische und wirtschaftliche Risikoabwägung

## Aktuelle Stunde über den möglichen Kauf der Steag durch Stadtwerke

**1. Dezember 2010 – Die Steag, fünftgrößter deutscher Stromerzeuger, steht zum Verkauf. Interesse hat eine gemeinsame Initiative der Stadtwerke aus Dinslaken, Dortmund, Bochum sowie Duisburg, Essen und Oberhausen. Ein „Verzocken von Steuergeldern“ befürchtet die FDP und beantragte eine Aktuelle Stunde. In dieser zeigte die CDU hingegen Verständnis für das kommunale Interesse an der Stromerzeugung, forderte aber auch die Prüfung einer „NRW-Lösung“. SPD, Grüne und die Linken betonten die Möglichkeit, mit dem Kauf den Energiemarkt ökologischer zu gestalten.**

„Kasinomentalität“: **Dietmar Brockes** (FDP) sah in einer möglichen Übernahme der 51-prozentigen Mehrheit an der Steag durch ein Konsortium aus sechs Stadtwerken nichts Positives. Über 10 Milliarden Euro hoch sei deren gemeinsamer Schuldenberg. Vor diesem Hintergrund solle das Geschäft über 614 Millionen Euro zu 100 Prozent „auf Pump“ finanziert werden, allerdings verbunden mit einer sogenannten Put-Option, nach der auch die restlichen 49 Prozent übernommen werden müssten. Der Gesamtpreis dann: 1,2 Milliarden Euro. Es sei weder sicher, ob die Dividenden ausreichen, um am Ende die Kredite zu bedienen, noch wie es mit den Ende 2012 auslaufenden Stromlieferverträgen weitergehe.

„Wir als CDU-Landtagsfraktion haben ein hohes Interesse an vitalen Stadtwerken, die dauerhaft und solide ihrer Aufgabe als Versorger nachkommen können“, meinte hingegen **Hendrick Wüst** (CDU). Das Anliegen der Stadtwerke, in ihrem Versorgungsgebiet eine dauerhafte Fernwärmezufuhr zu gewährleisten, sei nachvollziehbar. Des Weiteren sei beabsichtigt, den vorhandenen Kraftwerkspark stärker auf er-

neuerbare Energien auszurichten. Die Stadtwerke dürften allerdings die Risiken nicht unter den Tisch fallen lassen. Sollte deren Konsortium den Zuschlag erhalten, sei zu prüfen, ob es nicht doch zu einer „NRW-Lösung“ unter Einschluss der privatwirtschaftlichen Bieter kommen könne.

Keine Frage der Landespolitik, sondern vielmehr eine Diskreditierung heimischer Anbieter: So bewertete **Marc Herter** (SPD) den Antrag der FDP. Landesinteressen seien dennoch dadurch berührt, dass erfreulicherweise mittelständische Unternehmen aus NRW an einem Wettbewerb um den fünftgrößten Stromerzeuger Deutschlands mit 4.500 Beschäftigten teilnahmen. Selbstverständlich dürften dabei die Risiken nicht außer Acht gelassen werden. Daher seien neben der generellen Entwicklung des Strommarktes auch die 2012 auslaufenden Stromlieferverträge zu berücksichtigen. Am Ende müsse in kommunaler Selbstverwaltung über das Verhältnis von Chancen und Risiken entschieden werden, betonte Herter.

**Daniela Schneckenburger** (Grüne) gab Brockes in einem Punkt Recht: Die finanzielle Lage der Kom-

munen sei katastrophal. Allerdings vor allem deshalb, weil die ehemalige CDU/FDP-Koalition diesen zum einen zusätzliche Aufgaben aufgebürdet, zum anderen bei wirtschaftlicher Betätigung die Hände gebunden habe. Die Stadtwerke müssten die Möglichkeit erhalten, verstärkt auch als Produzenten von Energie tätig zu werden. Der Erwerb der Steag könne dazu beitragen, Stromerzeugung mitzugestalten, so Schneckenburger. Die Grünen unterstützten die Forderung, den Kraftwerkspark generell weg von der Kohle hin zu erneuerbaren Energien bei einem Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung umzubauen.

In die gleiche Richtung argumentierte **Özlem Alev Demirel** (Linke). Der ökologische, soziale und demokratische Umbau der Steag müsse als Unternehmensziel verankert werden. Das bedeute konkret mehr Transparenz und die Orientierung an gesellschaftlichen anstelle von kapitalwirtschaftlichen Bedürfnissen. Umgehend müsse mit dem sozialverträglichen Ausstieg aus der kohlebasierten Stromerzeugung begonnen werden. Gleiches gelte für die Nukleartechnik. Zu beenden sei auch das Auslandsgeschäft der Steag, das von inhumanen Bedingungen zum Beispiel bei der Kohleförderung profitiere. Die Energieversorgung müsse zukünftig nicht nur ökologisch, sondern auch dezentral erfolgen.

**Innenminister Ralf Jäger** (SPD) betonte die Möglichkeiten und Grenzen kommunalrechtlicher Aufsicht bei wirtschaftlichen Aktivitäten von Kommunen bzw. deren Stadtwerken, auch bei der Energieversorgung. So dürfe sich eine Gemeinde zwar zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, aber nur wenn ein öffentlicher Zweck dies erfordere. Auch müsse die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen. Dies seien die Kriterien für die Rechtskontrolle seitens der Landesbehörden. Die Bewertung, ob eine solche Aktivität wirtschaftlich sinnvoll oder finanziell lukrativ sei, liege allein bei den Kommunen. *cw*



## Hospizarbeit gewürdigt

Einen Scheck über 6.605,47 Euro konnte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg an Harriet Kämper, Koordinatorin des Ambulanten Kinderhospizdienstes Düsseldorf, übergeben. Mit der Geldspende, die bei verschiedenen Veranstaltungen des Landtags gesammelt wurde, würdigte Uhlenberg die Arbeit des Hospizdienstes, der seit 2007 in und um die Landeshauptstadt tätig ist. 38 Ehrenamtliche stehen Familien mit sterbenskranken Kindern unentgeltlich zur Seite und entlasten die Familien bei der Betreuung. Der Ambulante Kinderhospizdienst Düsseldorf finanziert sich fast ausschließlich über Spenden.

Foto: Schälte

Bernhard  
Tenhumberg (CDU)

Heike Gebhard (SPD)

Andrea Asch (Grüne)

Marcel Hafke (FDP)

Fotos: Schälte

Dr. Carolin  
Butterwegge (Linke)

Familienministerin Ute Schäfer (SPD)

## U3-Betreuung: Bauruinen oder Baulüge?

### CDU wirft Familienministerin Täuschung des Finanzministers vor

**2. Dezember 2010 – 150 Millionen Euro will die Landesregierung über den Nachtragshaushalt zusätzlich in den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren (U3) stecken. Nur so könne das Land die von Schwarz-Gelb verursachte Deckungslücke schließen und 1.300 bereits begonnene Bauprojekte vor dem Ruin retten. Das Finanzierungsloch existiere überhaupt nicht, kritisiert hingegen die CDU und wirft Familienministerin Ute Schäfer vor, den Finanzminister belogen zu haben. In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit dem Konflikt beschäftigt.**

„Sie, Frau Schäfer, hatten ausreichend Gelegenheit, den Sachverhalt aufzuklären“, sagte **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Dies sei jedoch nicht passiert. Die Landesregierung könne bis heute nicht beantworten, wo die 1.300 angeblichen Bauruinen stünden. Zudem seien die mit dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zur Verfügung gestellten Mittel noch gar nicht ausgeschöpft. Offenbar habe Schäfer den Finanzminister getäuscht und damit auch Eltern, Träger und Kommunen verunsichert, so Tenhumberg. Denn entgegen Schäfers Äußerungen sei der Ausbau der U3-Betreuung ein großer Erfolg: Ausgehend von 11.800 Plätzen im Jahr 2005 gebe es heute 90.000 Plätze.

Die Vorarbeit von Schwarz-Gelb sei mehr als mangelhaft gewesen, kritisierte hingegen **Heike Gebhard** (SPD). Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegten, dass es in NRW derzeit rund 20.000 U3-Plätze weniger gebe, als von CDU und FDP zugesagt. „Ihnen geht es ausschließlich darum, sich zu rechtfertigen“, warf Gebhard dem schwarz-gelben Teil der Opposition vor. Nun schaffe die neue Regierung, was in den vergangenen fünf Jahren versäumt worden sei: schnellstmöglich weitere Gelder für den U3-Ausbau bereitzustellen. Darüber hinaus wies Gebhard den Vorwurf einer Lüge vehement zurück. Es sei nicht der Stil der Familienministerin, auf diesem Wege ihre Anliegen durchzusetzen.

Schwarz-Gelb habe den Ausbau der U3-Plätze „vollkommen in den Sand gesetzt“, sagte auch **Andrea Asch** (Grüne). Dies sei einer der größten hinterlassenen „Schrotthaufen“. CDU und FDP hätten NRW im U3-Bundesvergleich vom vorletzten auf den letzten Platz manövriert. „Sie wussten, dass der Bedarf sehr viel höher war als die Summe der Mittel, die sie bereitgestellt haben“, kritisierte Asch. Statt der eingeplanten gut 500 Millionen Euro benötigten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen über eine Milliarde Euro für den Kita-Ausbau. Die Vorgängerregierung könne es Rot-Grün also nicht zum Vorwurf machen, dass die jetzige Regierung jahrelange Versäumnisse nun endlich in die Hand nehme.

„Sie sprechen in der Presse von Bauruinen, als wenn wir in einem Kriegsgebiet wären“, kritisierte **Marcel Hafke** (FDP) eine aus seiner Sicht unnötige Verunsicherungstaktik der Regierung. SPD und Grüne stellten in den Nachtragshaushalt einfach zusätzlich 150 Millionen Euro für den U3-Ausbau ein, ohne bisher die entsprechende Notwendigkeit belegt zu haben. Hinzu komme, dass der 500-Millionen-Euro-Topf und damit ein Großteil der U3-Bundesmittel für NRW bisher noch nicht ausgeschöpft seien. „Schieben Sie nicht alles auf die Vorgängerregierung“, forderte Hafke. Offensichtlich wolle Rot-Grün mit „Taktikspielchen“ lediglich über fehlende Konzepte und Strategien hinwegtäuschen.

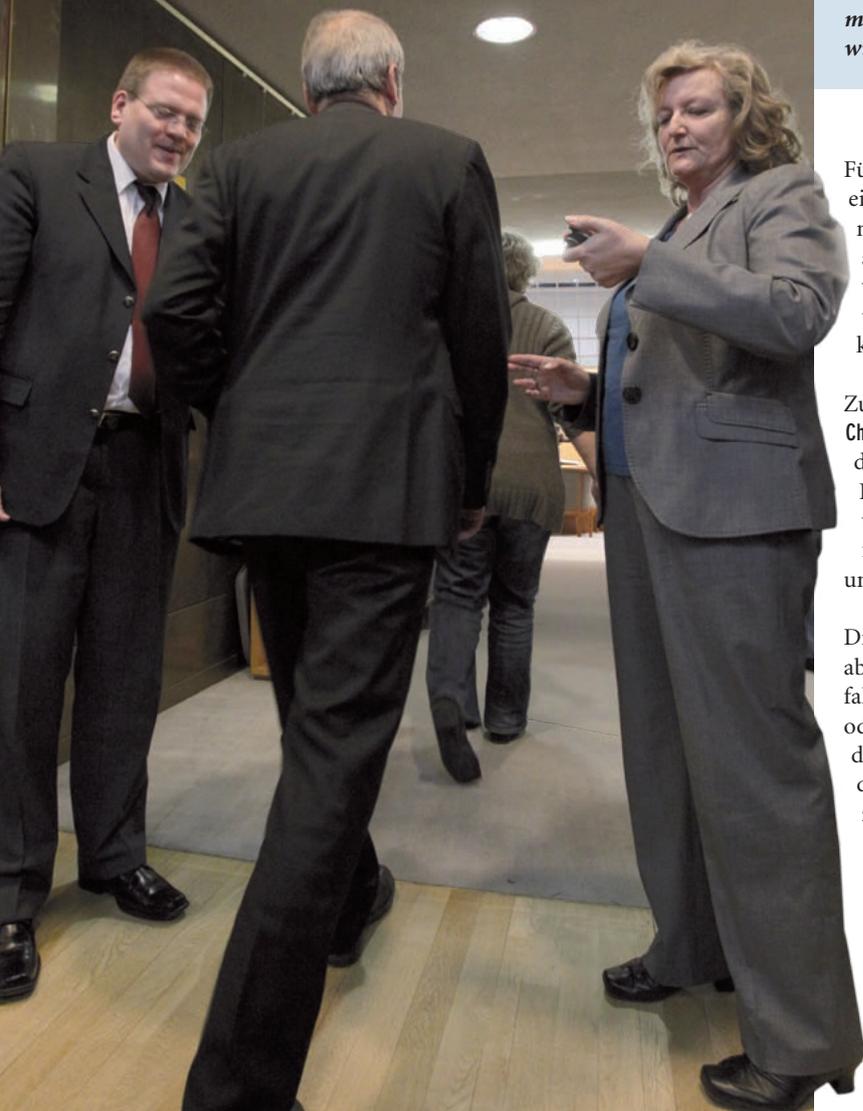
Es gebe tatsächlich Bauruinen, bestätigte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke) die Ansicht von SPD und Grünen. Schwarz-Gelb habe bei der U3-Betreuung einen „Investitionsnotstand“ hinterlassen. Doch auch die neue Landesregierung scheine vor der großen Herausforderung zu kapitulieren. Selbst die zusätzlichen 370 Millionen Euro, die Rot-Grün über die im Nachtragshaushalt verankerten 150 Millionen Euro hinaus in den kommenden Jahren investieren wolle, reichten nicht aus. Ein Vielfaches dessen sei nötig. Gleichzeitig forderte Butterwegge angesichts der milliardenschweren Hilfen für die WestLB: „Sagen sie nicht, dass die Beitragsfreiheit nicht finanzierbar sei.“

Die Regierung arbeite vertrauensvoll zusammen, reagierte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD) auf den Täuschungsvorwurf. Die CDU wolle lediglich von eigenen Versäumnissen ablenken: Nachdem Schwarz-Gelb 2008 gemerkt habe, dass NRW beim Vergeben der U3-Ausbaumittel bundesweit hinterherhinkte, habe die Parole geheißt: „Beschleunigung um jeden Preis.“ Und das auch dann noch, als klar geworden sei, dass die Fördermittel nicht ausreichten, so Schäfer. Kurz vor dem Machtwechsel habe Schwarz-Gelb dann die „Notbremse“ gezogen. Das habe Betroffene vor Ort, die fest mit Fördermitteln gerechnet hätten, völlig unvorbereitet getroffen. Resultat seien 1.300 „Härfälle“.

bra

# Der Hammelsprung

## Mit den Füßen abgestimmt



Seit zwölf Jahren hat es keinen mehr gegeben, am 2. Dezember 2010 war es soweit: Die Abgeordneten haben per Hammelsprung über einen Antrag von SPD und Grünen zum Castor-Transport abgestimmt. Diesem Verfahren zu Grunde liegt die Geschäftsordnung des Landtags, wo es heißt: „Ist sich der Sitzungsvorstand über das Ergebnis der Abstimmung nicht einig, so wird diese wiederholt. Sollten auch danach die Mitglieder des Sitzungsvorstands das Ergebnis nicht einstimmig feststellen, so werden die Stimmen nach dem sog. Hammelsprungverfahren gezählt.“ Beim Hammelsprung betreten die Abgeordneten den Plenarsaal durch eine der drei Eingangstüren mit den Aufschriften „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“, werden dabei gezählt und zeigen so eindeutig ihr Abstimmungsverhalten. Nach der Anordnung des Hammelsprungs kündigten die Fraktionen von CDU und FDP Klage vor dem Verfassungsgerichtshof an, weil sie eine Wiederholung der Abstimmung nach einem bereits verkündetem Abstimmungsergebnis mit der Geschäftsordnung des Landtags für nicht vereinbar hielten.

Foto: Schälte

## Teures Laster Landesarchiv?

### Landtag fordert Aufklärung zur Kostensteigerung beim Bau des Gebäudes

3. Dezember 2010 – Auf Antrag der Linksfraktion hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem geplanten Landesarchiv im Duisburger Innenhafen befasst. Spekulationen über eine Kostensteigerung für Planung und Bau von 30 Millionen Euro auf das Dreifache oder sogar mehr, wie Abgeordnete befürchteten, gab Anlass zu Kritik im Speziellen wie im Allgemeinen und warf Fragen auf.

Für die antragstellende Fraktion sprach **Özlem Alev Demirel** (Linke) von einem unglaublichen Sumpf, der sich da auftue und den es auszutrocknen gelte. Obwohl bis auf den Spatenstich bisher nicht viel passiert sei, könne man in Presseberichten lesen, dass sich die Kosten jenseits von 150 Millionen Euro bewegten. Hier zeige sich, dass sich „private Investoren auf Kosten der Bürger dumm und dämlich verdienen“, kritisierte sie.

Zu Kostensteigerungen müsse man den Bauherrn fragen, meinte **Christian Weisbrich** (CDU). Und dies sei nicht die vorige schwarz-gelbe Landesregierung, sondern der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes. In einer Sitzung des zuständigen Ausschusses habe der BLB vor wenigen Tagen für Fragen zur Verfügung gestanden. Die Linksfraktion habe die Sitzung allerdings nach wenigen Minuten verlassen und sei offenbar nicht an Aufklärung interessiert.

Diesen Eindruck hatte auch der SPD-Abgeordnete **Markus Töns**, fragte aber, warum sich die ehemalige Landesregierung auf ein „windiges Verfahren“ eingelassen und keine Alternativen gesucht habe: Ob beim BLB oder in der Staatskanzlei keine Alarmglocken geschellt hätten oder ob der politische Druck zu groß gewesen sei? Für seine Fraktion wie auch die Bürgerinnen und Bürger sei die Kostenexplosion nicht nachvollziehbar, sagte er.

**Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) trennte zwischen persönlicher Verantwortlichkeit in dem konkreten Fall und strukturellen Mängeln beim BLB. Es könne nicht sein, dass letzterer nur prüfe, ob er das Geld vom Land erhalte, dass bei seiner Prüfung aber Wirtschaftlichkeit, Energieeffizienz oder andere Aspekte keinerlei Rolle spielten. Diese strukturelle Schiefelage gelte es systematisch aufzuarbeiten und zu beseitigen, forderte er.

Diesen Vorschlag unterstützte **Angela Freimuth** (FDP). Der BLB müsse mehr die Kosteninteressen des Nutzers, also des Landes, im Blick haben, schließlich schlugen sich die Kosten im Haushalt nieder. Landesbauten hätten zwar beispielsweise städtebaulich oder ökologisch häufig eine besondere Bedeutung, dem müsse man Rechnung tragen. Das mache aber Kontrolle und Transparenz über die Kosten nicht überflüssig, mahnte die FDP-Sprecherin.

Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** (SPD) hielt die immense Kostensteigerung für einen Skandal. Daher sagte er der ermittelnden Staatsanwaltschaft die Unterstützung der Landesregierung und dem Parlament jede rechtlich mögliche Transparenz zu, die die Ermittlungen nicht gefährde. Es gehe ihm weniger darum, eine Person zu beschuldigen, als vielmehr darum, das Vergangene aufzuklären und es in Zukunft besser zu machen.

sow

# Gemeinschaftsschule im Testbetrieb

## FDP und CDU weiterhin gegen den Modellversuch von Rot-Grün

2. Dezember 2010 – Gut eine Woche nach der Anhörung zur Schulstruktur haben die Abgeordneten auf Antrag von SPD und Grünen in einer Aktuellen Stunde erneut über den rot-grünen Modellversuch „Gemeinschaftsschule“ diskutiert. Die beiden Regierungsfractionen warfen darin insbesondere der CDU vor, mit aufheizenden Worten eine sachliche Debatte zu verhindern. Die FDP betonte in einem Antrag (Drs. 15/670), dass die Gemeinschaftsschule keine tragfähige Lösung vor Ort sei.

„Die Gemeinschaftsschule ist für die Eltern und für die Kommunen hoch attraktiv“, meinte **Renate Hendricks** (SPD). Es gebe landesweit zahlreiche Anträge und Nachfragen zum Modellversuch – und das vielerorts sogar parteiübergreifend. „Die Chancen werden erkannt“, so Hendricks. Eine solche Schulstruktur ermögliche es den Städten und Gemeinden, zukunfts-fähige Bildungsangebote zu gestalten, und steigere durch längeres gemeinsames Lernen die Chancengerechtigkeit. Die Opposition müsse sich nun entscheiden, ob sie das Schulsystem zusammen mit Rot-Grün über die Gemeinschaftsschule zukunftsfähig machen oder die „notwendige Entwicklung“ weiter ausbremsen wolle.

Das „starre Festhalten“ am mehrgliedrigen Schulsystem gehe an der Realität vorbei, kritisierte **Josefine Paul** (Grüne) den Antrag der FDP. Der demografische Wandel und das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern ließen sich schließlich nicht wegdiskutieren. „Es geht doch nicht um ideologische Grabenkämpfe, sondern um die Frage, wie wir unser Bildungssystem fit für die Zukunft machen können“, betonte Paul. Fakt sei: Die Nachfrage nach längerem gemeinsamem Lernen steige, und auch der Städte- und Gemeindebund begrüße den Modellversuch der Regierung. Zudem sei die Furcht der FDP vor einer Einheitsschule völlig unbegründet. Ein „Zwang zur Einheit“ sei nicht erkennbar.

„Die Gemeinschaftsschule bedeutet den Abschied von einem differenzierten Schulsys-

tem“, entgegnete **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Letztendlich resultiere daraus sehr wohl der Einstieg in eine Einheitsschule. Richtig sei zwar, dass die Schülerzahlen sanken. Jedoch dürfe die Reaktion darauf nicht zulasten der Bildungsqualität gehen, betonte Pieper-von Heiden. Differenzierung sei weiterhin notwendig, um individuell zu fördern. Zudem löse Rot-Grün mit der Gemeinschaftsschule einen unverantwortlichen interkommunalen Verdrängungswettbewerb von Schulen aus. Insgesamt sei es daher sinnvoller, die bereits bestehende Möglichkeit, Schulverbände zu gründen, auszubauen.

Die Gemeinschaftsschule sei nicht die richtige Antwort auf die vorhandenen Probleme, kritisierte auch **Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg** (CDU). „In den neuen Schulen werden alle bemüht sein zu beweisen, dass sie Gymnasium können.“ Dies werde dazu führen, dass bestimmte Menschen mit anderen Interessen und Begabungen dort die Berufsorientierung der Hauptschulen vermissten und auf der Strecke blieben. „Was ist eigentlich das Ziel des Ganzen?“, fragte Sternberg. Gleichzeitig kündigte er an, das Einhalten von Schutzzusagen seitens der Regierung genau zu beobachten: So dürfe etwa keine Gemeinschaftsschule auf Basis eines existenzgefährdeten Hauptschulstandorts entstehen.

**Gunhild Böth** (Linke) bemängelte, dass sich das Thema Schulstruktur und die damit verbundenen Fragen und Argumente ständig wiederhol-

ten. Dies hätten kürzlich auch einige Fachleute in der entsprechenden Anhörung kritisiert. „Ist Ihnen eigentlich bewusst, wie viele Steuergelder Sie damit verschwenden, wenn Sie immer wieder das Gleiche und das Gleiche und das Gleiche diskutieren?“, warf Böth insbesondere der FDP-Fraktion vor. Denn deren Antrag werde wohl nun schon wieder den Schulausschuss beschäftigen. Dabei werde unnötig Geld verschwendet, das anderweitig sinnvoller zu verwenden wäre, etwa direkt in den Schulen. Außerdem solle man nicht ständig über „denselben Quark“ diskutieren.

„Natürlich begrüßt es die Landesregierung, dass wir heute über das Thema Gemeinschaftsschule debattieren“, sagte **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne). Der Schulversuch sei innovativ und notwendig. Daran sei auch nichts verfassungswidrig, wie die FDP immer wieder gerne behaupte. 25 solcher Projekte habe es bisher in NRW bereits gegeben, einige davon sogar unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung. Wie alle anderen Modellversuche werde auch die Gemeinschaftsschule auf der Basis des Schulgesetzes (§ 25) durchgeführt. Gleichzeitig betonte Löhrmann: „Bei dem Schulversuch handelt es sich um ein Angebot und nicht um eine Verpflichtung.“ *bra*

Der Antrag der FDP – Drs. 15/670 – wurde zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen.

Schule

# Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Karl-Josef Laumann  
(CDU)



Norbert Römer (SPD)

## *Nordrhein-Westfalens Themen 2010 waren für mich ...*

... die Landtagswahl im Mai, die Bildung einer instabilen rot-grünen Minderheitsregierung von Gnaden der Linkspartei und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Konkret denke ich beispielsweise an den Stillstand in der Industriepolitik, Stichwort Datteln, und die Aufkündigung des Schulfriedens in Nordrhein-Westfalen durch die Errichtung von Gemeinschaftsschulen. Und nicht zuletzt war und ist für mich Frau Krafts Rekordverschuldung ein zentrales Thema. Alles das ist nicht gut für unser Land.

... die Wahl der ersten Ministerpräsidentin in der 60-jährigen Geschichte des Landes als politisches Highlight, aber auch die schrecklichen Ereignisse bei der Loveparade in Duisburg.

## *Wichtige Herausforderungen fürs das Jahr 2011 sehe ich ...*

... in der Etablierung der CDU im Düsseldorfer Landtag als personelle und inhaltliche Alternative zur instabilen Regierung Kraft. Zu den wichtigsten Herausforderungen gehört aus meiner Sicht, dass wir die Wirtschaftskrise dauerhaft überwinden, dass die Menschen ohne Arbeit in Nordrhein-Westfalen einen guten Arbeitsplatz finden, dass die Schulvielfalt für unsere Kinder erhalten bleibt und die Konsolidierung des Landeshaushalts ernsthaft angepackt wird.

... vor allem in der besseren Förderung unserer Kinder vor der Schule, in der Schule und nach der Schule. Sie brauchen die beste Bildung und eine qualifizierte Ausbildung an der Uni oder im Betrieb ohne finanzielle Hürden wie Studiengebühren oder Kita-Beiträge. Für diese Zukunftsinvestitionen wollen wir mehr Geld ausgeben.

## *Auf meinem Wunschzettel fürs neue Jahr steht ...*

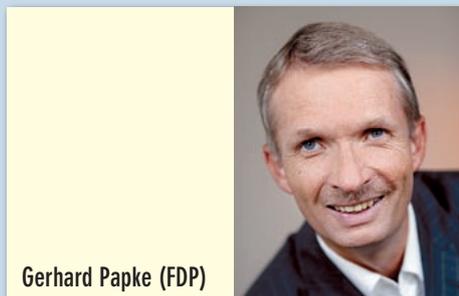
... deutlich stärkste Fraktion im Düsseldorfer Landtag zu werden, die Regierung Kraft so schnell wie möglich abzulösen und dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen wieder stabile politische Verhältnisse erhält. Denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf, gut regiert zu werden. Und für die Linke wie für alle extremistischen Parteien wünsche ich mir, dass sie in Nordrhein-Westfalen wie auch in Deutschland politisch an Boden verlieren – bis hin zur Bedeutungslosigkeit.

... selbstverständlich Gesundheit ganz oben, denn ohne Gesundheit ist alles nichts. Aber sie ist auch nicht alles. Deshalb hoffe ich, dass wir alle gemeinsam beim Wettstreit um die besten Lösungen für die Menschen in der politischen Auseinandersetzung etwas mehr auf die Sache schauen und weniger auf Schlagzeilen. Das wäre gut für die politische Kultur und gut für die Akzeptanz unserer Arbeit in der Bevölkerung.

## Diesmal sind es die Fraktionsvorsitzenden.



Reiner Priggen (Grüne)



Gerhard Papke (FDP)



Wolfgang Zimmermann  
(Linke)

... natürlich die Landtagswahl und der zugegeben etwas überraschende Regierungswechsel. Die daran anschließenden Gespräche zwischen den Parteien und dann der erstmalige Versuch, eine Minderheitsregierung zu bilden. Damit ist in NRW das Jahr 2010 für mich das Jahr von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann.

... die Landtagswahlen und ihre fatalen Folgen für Nordrhein-Westfalen, weil Frau Kraft entgegen ihrer Versprechen vor der Wahl gemeinsame Sache mit den Linksextremisten macht. Rot-Rot-Grün verschiebt die Achse unseres Landes Richtung Einheitsbildung und bürokratische Staatswirtschaft. Vor allem aber die Tragödie bei der Loveparade war für mich das bewegende Thema. Leider sind die Fragen nach den Ursachen der Katastrophe immer noch nicht beantwortet.

... die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung und ihrer „Privat vor Staat“-Politik, die u.a. zum Abbau der Mitbestimmung, zur Einführung der Studiengebühren und zu mehr sozialer Ungerechtigkeit geführt hat. Selbstverständlich auch der Einzug der LINKEN in den Landtag und die damit verbundene weitere Etablierung des Fünf-Parteien-Systems. Leider aber auch der tragische Ausgang der Duisburger Loveparade.

... in einer verbesserten Möglichkeit der Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern bei Volksentscheiden auf Landesebene und Bürgerentscheiden in den Kommunen, einem hoffentlich weitgehenden Konsens bei der Schulpolitik angesichts drastisch rückläufiger Schülerzahlen und einem guten Klimaschutzgesetz, das uns diese große Herausforderung in NRW mit all seinen darin liegenden Zukunftschancen für Arbeitsplätze nutzen lässt.

... darin, dass die Landesregierung dem Mittelstand nicht immer weiter die Luft abwürgt und NRW Industrieland bleibt. Leider soll die Tätigkeit von Staatsbetrieben deutlich ausgeweitet werden. Das weltweit modernste Steinkohlekraftwerk in Datteln droht durch grüne Blockadepolitik zur Bauruine zu werden. Und die Verzögerungstaktik bei der CO-Pipeline gefährdet tausende Arbeitsplätze. Die FDP wird sich weiter für die beste Bildung aller Kinder im begabungsgerechten Schulsystem einsetzen. Rot-Grün muss den Versuch stoppen, das gegliederte Schulwesen am Parlament vorbei zu beseitigen und die Finger von den Gymnasien lassen.

... in der Verwirklichung einer Schulreform, die diesen Namen auch verdient, in einem Haushalt für Nordrhein-Westfalen, der keinen Sozialabbau, Stellenabbau und keine Privatisierungen öffentlichen Eigentums enthält und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in NRW deutlich verbessert. Es muss eine Politik gemacht werden, die Armut bekämpft und für soziale Gerechtigkeit sorgt.

... , dass in der Familie alle gesund bleiben, Borussia Dortmund weiterhin so faszinierend spielt und Deutscher Fußballmeister wird und wir in der Koalition weiterhin eine vernünftige und nach Möglichkeit noch bessere Arbeit leisten.

... , dass Borussia Dortmund auch in der Rückrunde genauso weiterspielt wie in der Hinrunde.

... , dass es in Nordrhein-Westfalen endlich einen wirklich grundlegenden Politikwechsel gibt. Darüber hinaus wünsche ich mir, dass die Bürgerinnen und Bürger auch im Jahr 2011 mit vielfältigen Aktionen Widerstand gegen die neoliberale Politik leisten und für eine gerechte und solidarische Gesellschaft auf die Straße gehen. Bei diesen Aktionen stehen wir an ihrer Seite.

Grafik: Dan, Fotolia.com



# Ein Jahr voller Herausforderungen

## Zur Bandbreite der Themen kommen neue Parlamentsstrukturen

*Der Landtag sieht sich weiter mit großen Herausforderungen konfrontiert. Nach dem Krisenjahr 2009, das vor allem wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund rückte, ging es auch in diesem Jahr häufig ums Geld. Neben den zahlreichen weiteren Baustellen, die es zu bearbeiten galt, hat die Landtagswahl im Mai dem Landesparlament neue Vorzeichen beschert. Eine fünfte Fraktion ist hinzugekommen, und ohne klare Mehrheitsverhältnisse wird das Ringen um politische Entscheidungen noch schwieriger. Die parlamentarische Debatte bekommt eine größere Bedeutung.*

**Januar** Mit dem neuen Jahr bricht die Zeit der Europäischen Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet an. Der Landtag hat die Bewerbung des Ruhrgebiets von Anfang an unterstützt.

Unterstützung, aber auch Bedenken äußern Fachleute aus Abfallwirtschaft und Kommunen zum Vorschlag der dann amtierenden CDU/FDP-Landesregierung für einen Abfallwirtschaftsplan – mehr Wettbewerb, wachsende Preisschere oder Gebührengerechtigkeit?

Den Blick nach vorn richtet Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit seiner Regierungserklärung zu NRW 2025. Auch dann noch sollen Innovation und Solidarität Markenzeichen Nordrhein-Westfalens sein. Die damalige rot-grüne Opposition verlangt hingegen grundsätzliche Strukturveränderungen und Antworten auf Fragen der Gegenwart.

Eine aktuelle Herausforderung ist der Umgang mit der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank. SPD und Grüne fordern mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle. CDU und FDP warnen hingegen vor einer gläsernen Bank, die am Markt große Schwierigkeiten hätte.

Großes Interesse besteht im Landtag an der Aufklärung eines Unfalls, der sich Anfang des Jahres in der Urananreicherungsanlage Gronau ereignet hat. Die Wirtschaftsministerin gibt vorsichtige Entwarnung zum Ausmaß des Vorfalls und erläutert den Ablauf.

**Februar** Das Parlament debattiert über die von der Bundesregierung beschlossene geringere Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen sowie über Chancen, Risiken und Auswüchse des Arbeitsmarkt-Instruments der Minijobs.

Diskussion gibt es auch darüber, wie viel Geld das Land den Kommunen zurückzahlen muss, nachdem diese einen zu großen Anteil der Einheitslasten geschultert haben. Verschiedene Rechenmodelle und Gutachten sorgen für kontroverse Debatten.

Einig sind sich die Fraktionen hingegen darin, dass der RAG-Regionalbeirat grundsätzlich sinnvoll sei, um den Ausstieg aus dem Kohlebergbau zu begleiten. Auch die Kürzung der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats begrüßt der Landtag.

Unterschiedlicher Meinung sind Regierungs- und Oppositionsfraktionen bei der Frage, ob Stadtwerke als kommunale Unternehmen sich wieder mehr wirtschaftlich betätigen dürfen sollen.

Hohe Wellen schlägt der Vorschlag der schwarzgelben Landesregierung, die Regeln zur Landesplanung neu zu fassen. Hintergrund der Debatte ist auch der Streit um das Kraftwerk in Datteln, dessen Bau per Gerichtsentscheid gestoppt wurde.

In einer Anhörung warnen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen angesichts der Überschuldung vieler Städte vor einer Beschädigung der kommunalen Demokratie.

**März** Die schwarz-gelbe Landesregierung informiert das Parlament zur Lage von Kindern in Not und bekommt von den sie tragenden Fraktionen Lob für Fortschritte bei der Stärkung der Familien und bei der Kinderbetreuung. Die Opposition hingegen ist längst nicht zufrieden und vermisst eine gezielte Förderung der Betroffenen.

Bilanz gezogen wird auch über die Bildungspolitik der letzten fünf Jahre. Während CDU und FDP auf erfüllte Wahlversprechen im „Bildungsland Nummer eins“ verweisen, klagt die Opposition, es gebe weder die versprochenen kleineren Klassen, noch mehr Lehrkräfte oder weniger Unterrichtsausfall. Kritik gibt es außerdem bei der Schulzeitverkürzung und den Ganztagsangeboten.

Um seine Verschuldung künftig in den Griff zu bekommen, muss NRW eine Schuldenbremse

in der Landesverfassung verankern. Die notwendige Unterstützung einer Zweidrittelmehrheit bekommt die Landesregierung für ihren Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung allerdings nicht. Die Opposition vermisst Instrumente, um in Krisenzeiten angemessen reagieren zu können.

**April** Die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus, die Abgeordneten, die wieder kandidieren, sind in ihren Wahlkreisen unterwegs.

Der Landtag informiert Bürgerinnen und Bürger mittels Wanderausstellungen, Veranstaltungen, Publikationen und Online-Angeboten rund um die anstehende Wahl und spricht gezielt auch junge Menschen an.

**Mai** Nordrhein-Westfalen wählt seine Volksvertretung. Bei nur rund 59 Prozent Wahlbeteiligung beschenken die Wählerinnen und Wähler einen spannenden Wahlabend und schließlich eine Pattsituation der beiden größten Parteien. CDU und SPD liegen bei den Mandaten gleichauf, mit den Linken zieht eine fünfte Fraktion in den insgesamt etwas kleineren, jüngeren und bunteren Landtag ein.

Schwierige Sondierungsgespräche beginnen. SPD und Grüne laden FDP sowie Linke zum Gespräch ein, stellen aber schnell fest, dass eine formale Zusammenarbeit mit der neuen Linksfraktion nicht in Frage kommt. Auch Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU werden abgebrochen, eine tragfähige gemeinsame Grundlage scheint nicht erreichbar.

**Juni** In Sondierungsgesprächen zwischen SPD, FDP und Grünen stellt sich heraus, dass es in NRW auch keine rot-gelb-grüne Ampelkonstellation geben wird.

Unabhängig von der schwierigen Regierungsbildung konstituiert sich der neue Landtag der 15. Wahlperiode. Das Parlament muss handlungs- und beschlussfähig sein und setzt erste Gremien ein, damit beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen können.

Ebenfalls in der ersten Plenarsitzung bestimmt der Landtag, wen er als Mitglieder in die Bundesversammlung entsendet, die am 30. Juni einen neuen Bundespräsidenten zu wählen hat.

**Juli** Der Landtag wählt mit Eckhard Uhlenberg seinen Präsidenten und außerdem Carina Gödecke, Oliver Keymis, Angela Freimuth und Gunhild Böth ins neue Präsidium. Hannelore Kraft wird Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung. Kraft stellt ihr Kabinett vor, die Fraktionen wählen ihre Vorsitzenden, und der Landtag bestellt die übrigen Ausschüsse, die in etwa die Zuschnitte der Ministerien widerspiegeln. Die Strukturen sind geschaffen für die Arbeit in der neuen Wahlperiode.

Inhaltlich debattiert das neue Parlament über die großen Linien, über den richtigen Weg für Nordrhein-Westfalen. In einer Aussprache über den landespolitischen Rück- und Ausblick treffen die gegensätzlichen Bewertungen der Fraktionen aufeinander.

Streit gibt es auch bei der Schulpolitik. Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken haben Gesetzentwürfe vorgelegt, um das Schulgesetz zu überarbeiten. Die vorgeschlagenen Änderungen zur Abschaffung der Kopfnoten, der verbindlichen Grundschulgutachten und der Grundschulbezirke sowie zur innerschulischen Demokratie treffen bei CDU und FDP auf Ablehnung.

**August** Der Landtag nutzt die parlamentarische Sommerpause, um seine Energiebilanz zu verbessern. Neue LED-Lichttechnik und ein intelligentes Blendschutzsystem sorgen für einen deutlich niedrigeren Energieverbrauch und eine optimale Tageslichtnutzung.

**September** Die „Koalition der Einladung“ erläutert ihre Ziele. In ihrer Regierungserklärung erklärt Ministerpräsidentin Kraft, Rot-Grün wolle Schwerpunkte bei der Bildung und beim Umweltschutz setzen sowie die Kommunen stärken. Dass sich ein solcher Ansatz in Zukunft finanziell auszahlt, bezweifeln CDU und FDP. Außerdem kritisieren beide Fraktionen die Pläne für die Gemeinschaftsschule als Einstieg in eine Einheitschule. Die Linken fordern hingegen schnelle Taten, zum Beispiel die umgehende Abschaffung der Studiengebühren.

Gemeinsames Vorgehen planen alle Fraktionen beim Thema Integration. Fraktionsübergreifende Zusammenarbeit dann auch in der Kohlepolitik: CDU, SPD und Grüne setzen ihren Antrag zum Erhalt des Ausstiegsdatums 2018 durch. Die EU hat allerdings andere Pläne, die ein Ende der Subventionen bereits im Jahr 2014 bedeuten könnten.

Mit der Konstituierung von 18 Ausschüssen und vier Unterausschüssen hat der Landtag im

September seine innere Arbeitsstruktur für die 15. Legislaturperiode fertiggestellt.

Die neue Zusammensetzung des Landtags in der 15. Legislaturperiode weckt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern großes Interesse. Zahlreich erfragen sie beim NRW-Tag in Siegen Informationen aus erster Hand über Zusammensetzung und Arbeit des Landesparlaments.

**Oktober** Anlässlich eines Nachtragshaushalts, den die Regierung plant, streitet der Landtag ums liebe Geld und verbindet dies mit Fragen der Generationengerechtigkeit, der Verlässlichkeit, des Augenmaßes, der Verpflichtung zum Schuldenabbau und des sozialen Zusammenhalts.

Bei einer Sondersitzung des Plenums zeigen sich die Fraktionen einig, dass den Kommunen schnell aus ihrer finanziellen Misere geholfen werden muss. Über das Wie gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Auch die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze ist Thema im Plenum. CDU und FDP verteidigen die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung als Korrektur alter rot-grüner Beschlüsse im Bund. Die anderen drei Landtagsfraktionen sehen in ihnen eine Zumutung.

Hitzig debattiert wird auch, ob die Abiturzeit acht oder neun Jahre dauern und ob die einzelnen Schulen darüber selbst entscheiden sollen.

Früh übt sich, wer debattieren lernen will: Beim dritten Jugend-Landtag schlüpfen 181 Jugendliche in die Rollen der Abgeordneten und probieren die Parlamentsarbeit selbst aus. Dass parlamentarische Demokratie gelebt werden will und Öffentlichkeit braucht, zeigt ein Rückblick anlässlich des 40. Geburtstags von Landtag Intern.

**November** Der Finanzminister freut sich über ein unerwartetes Steuer-Plus von einigen hundert Millionen Euro. CDU und FDP fordern daraufhin, den geplanten Nachtragshaushalt samt neuen Schulden zurückzunehmen. An diesem wollen SPD und Grüne jedoch festhalten und verweisen auf mangelnde Vorsorge der schwarz-gelben Vorgängerregierung für kommende Risiken der WestLB und auf dringend notwendige Hilfen für die Kommunen.

Die Linken fordern weitere Verbesserungen auf der Einnahmeseite. Auch Sachverständige sind unterschiedlicher Meinung und diskutieren etwa darüber, ob der Nachtragshaushalt verfassungsgemäß sei.

Gleich drei Anhörungen gibt es zur Bildung: Kopfnoten, Grundschulgutachten,

Mitbestimmung und Schulbezirke, die Schulstruktur sowie die Studiengebühren stehen zur Debatte. Das Plenum berät außerdem über eine fairere Berechnung der Lehrerarbeitszeit.

Ebenfalls in der politischen Auseinandersetzung bleibt die Frage, inwieweit sich Kommunen als Unternehmer betätigen dürfen. Zwei Ausschüsse hören gemeinsam fünf Stunden lang 30 Fachleute an.

**Dezember** Während traditionell ein Weihnachtsbaum in der Eingangshalle des Landtags vorweihnachtliche Besinnlichkeit verströmt, geht es im Plenarsaal weniger harmonisch zu. Streitigkeiten über ein Abstimmungsergebnis führen zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder zum sogenannten Hammelsprung. Kontrovers diskutiert wird auch der Nachtragshaushalt 2010. Nach langem Ringen wird er mit knapper Mehrheit verabschiedet.

Gleiches gilt für zusätzliche Möglichkeiten der Kommunen, sich wirtschaftlich zu betätigen, sowie für das Schulgesetz. Bei Enthaltung der Linken setzen SPD und Grüne gegen die Stimmen von CDU und FDP durch, dass Schülerinnen, Schüler und Eltern über eine Drittelparität wieder mehr Mitspracherecht in der Schule erhalten und Kommunen Grundschulbezirke einführen dürfen. Abgeschafft werden die Verpflichtung, Noten zum Arbeits- und Sozialverhalten („Kopfnoten“) auszustellen, und die verbindlichen Grundschulempfehlungen im Hinblick auf weiterführende Schulen. Von allen Fraktionen abgelehnt wurde dagegen eine Vorlage für einen Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die dort enthaltenen Bestimmungen zum Jugendschutz im Internet seien nicht praktikabel, hieß es. *sow/cw*

**LANDTAG**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 7 - 41. Sitzung

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 8 - 41. Sitzung - 14. Wahlperiode

Wahlperiode 5.1 Wahlkreis 5.2 Wahlkreis 5.3 Wahlkreis 5.4 Wahlkreis 5.5

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 9 - 41. Sitzung - 15. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 10 - 41. Sitzung - 16. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 11 - 41. Sitzung - 17. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 12 - 41. Sitzung - 18. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 13 - 41. Sitzung - 19. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 14 - 41. Sitzung - 20. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 15 - 41. Sitzung - 21. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 16 - 41. Sitzung - 22. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 17 - 41. Sitzung - 23. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 18 - 41. Sitzung - 24. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 19 - 41. Sitzung - 25. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 20 - 41. Sitzung - 26. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 21 - 41. Sitzung - 27. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 22 - 41. Sitzung - 28. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 23 - 41. Sitzung - 29. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 24 - 41. Sitzung - 30. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 25 - 41. Sitzung - 31. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 26 - 41. Sitzung - 32. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 27 - 41. Sitzung - 33. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 28 - 41. Sitzung - 34. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 29 - 41. Sitzung - 35. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 30 - 41. Sitzung - 36. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 31 - 41. Sitzung - 37. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 32 - 41. Sitzung - 38. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 33 - 41. Sitzung - 39. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 34 - 41. Sitzung - 40. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 35 - 41. Sitzung - 41. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 36 - 41. Sitzung - 42. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 37 - 41. Sitzung - 43. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 38 - 41. Sitzung - 44. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 39 - 41. Sitzung - 45. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 40 - 41. Sitzung - 46. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 41 - 41. Sitzung - 47. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 42 - 41. Sitzung - 48. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 43 - 41. Sitzung - 49. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 44 - 41. Sitzung - 50. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 45 - 41. Sitzung - 51. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 46 - 41. Sitzung - 52. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 47 - 41. Sitzung - 53. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 48 - 41. Sitzung - 54. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 49 - 41. Sitzung - 55. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 50 - 41. Sitzung - 56. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 51 - 41. Sitzung - 57. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 52 - 41. Sitzung - 58. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 53 - 41. Sitzung - 59. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 54 - 41. Sitzung - 60. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 55 - 41. Sitzung - 61. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 56 - 41. Sitzung - 62. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 57 - 41. Sitzung - 63. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 58 - 41. Sitzung - 64. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 59 - 41. Sitzung - 65. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

**LANDTAG INTER**  
Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen - Ausgabe 60 - 41. Sitzung - 66. Wahlperiode

Neuer Präsident 5.1 Neue Ziele 5.2 Neue Regierung 5.3

Neues Landtagspräsidium, neue „Den Menschen in NRW ver“

# Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD, Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung am 18. Februar 2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beratung am 16.3.2011 2. Lesung im März/April 2011
15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung Anfang 2011	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen, LR, – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	weitere Beratung 17.12.2010
15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Ausschussberatung im Januar 2011	15/37	Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant im ersten Quartal 2011	15/36	Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/444	Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	Zweite Lesung 15./16.12.2010	15/29	Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/443	Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Zweite Lesung 15./16.12.2010	15/28	Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen, Linke, i. V. m. Drs. 15/24	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	siehe Drs. 15/24
15/215	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen, SPD und Grüne – ARGEn –	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	2. Lesung 15./16.12.2010	15/27	Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts, SPD und Grüne – Kommunen als Unternehmer –	Ausschuss für Kommunalpolitik	Zweite Lesung 15./16.12.2010
15/207	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. + 3. Lesung 15./16.12.2010	15/24	Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW, SPD und Grüne – Kopfnoten, Mitbestimmung, Grundschulgutachten und Grundschulbezirke –, i. V. m. Drs. 15/28, 15/29, 15/36, 15/37	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 15./16.12.2010
15/200	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2010, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. + 3. Lesung 15./16.12.2010				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung

In der Plenarsitzung vom 1.- 3. Dezember 2010 wurde keine Gesetze verabschiedet.

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Foto: Schälte

# Pro und Contra Studiengebühren

## Hitzige Debatte im überfüllten Sitzungssaal

26. November 2010 – Beibehalten oder abschaffen? Die Studiengebühren waren Thema einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Arndt Klocke, Die Grünen) und des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU). Themen der Beratung waren zum einen ein Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung (Drs. 15/97) sowie ein entgegengesetzter Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/126).

Die von der Landesregierung geplante Abschaffung der Studiengebühren sei der falsche Weg, da diese die Studienbedingungen verbessert und die Motivation der Studierenden erhöht hätten. Dies war die übereinstimmende Position der Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Prof. Dr. Ursula Gather, und der Fachhochschulen, Prof. Dr. Beate Rennen-Allhoff. Eine Umsetzung des Gesetzentwurfs zum kommenden Semester sei auch deshalb nicht praktikabel, da die Zahl der Studierenden und daher eine entsprechende Kostendeckung durch Landesmittel noch unklar seien. Von einer finanziellen Kompensation der Studiengebühren seitens des Landes könne keine Rede sein, meinten ebenso Dr. Johann Peter Schäfer, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Universitätskanzlerinnen und -kanzler sowie

Rolf Pohlhausen von der Arbeitsgemeinschaft der Fachhochschulkanzler.

Mit der geplanten Abschaffung gerieten die Kunst- und Musikhochschulen in arge finanzielle Bedrängnis, befürchteten Prof. Reiner Schuhenn von deren Landesrektorenkonferenz und Ursula Wirtz-Knapstein, Sprecherin von deren Kanzlerinnen und Kanzlern. Als „Mogelpackung“ stufte Prof. Dr. Christian Hillgruber vom Deutschen Hochschulverband das Vorhaben der Regierung ein. Er befürchtet enorme Mindereinnahmen und finanzielle Planungsunsicherheit bei den Hochschulen. Als zu große Belastung für den Landeshaushalt betrachtete Dr. Stefan Stolte vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die steuerfinanzierten Kompensationsmittel. Ähnlich wie in Hessen drohe auch hier eine spätere Streichung

der Mittel. Seit Erhebung der Studiengebühren seien die Hochschulen unabhängiger von staatlichen Mitteln geworden, ergänzte Ulrich Müller vom Centrum für Hochschulentwicklung Consult GmbH.

Die Vertreter des Landes-ASten-Treffens drängten dagegen auf eine baldige Abschaffung der Studiengebühren. Sie vergrößerten „in der Wissensgesellschaft die Kluft zwischen arm und reich“ und verschlechterten das Verhältnis zwischen Studierenden und Hochschulen. Dr. Wolfgang Jäger von der Hans-Böckler-Stiftung konnte nach eigener Aussage in den letzten Jahren ebenfalls beobachten, dass sich die knappen finanziellen Mittel der Studienberechtigten negativ auf die Studienaufnahme auswirkten. Mit Stipendienvergaben unterstützt die Stiftung Studierwillige aus Familien mit niedrigem Einkommen oder Migrationshintergrund.

### LERNBEDINGUNGEN

Von einem „Entlernungsprozess des Studiums“ sprach Dr. Ulrich Welbers vom Institut für Germanistik an der Universität Düsseldorf: „Viele studieren nicht mehr, um zu lernen, sondern nur noch, um das Studium zu schaffen“, berichtete er aus seiner Lehrerfahrung. Studiengebühren hätten weder zu besseren Lehr- und Lernbedingungen noch zu einer höheren Motivation der Studierenden geführt, sondern vielmehr die Lernprozesse bei Studierenden aus Familien mit niedrigerem Einkommen beeinträchtigt. „Eine zwingend notwendige Erwerbstätigkeit neben dem Studium kann nicht als sozial verträgliche Studienfinanzierung angesehen werden“, resümierte ebenfalls Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks e.V. Auch für Daniel Houben, der die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vertrat, lösten die Gebühren kein einziges Problem, sondern verschärften vielmehr die Selektionswirkung des Bildungssystems. „Es geht auch ohne Studiengebühren“, wusste Benedikt Haumer von der LandeschülerInnenvertretung zu berichten. Selbst Student an der Fachhochschule Düsseldorf, bemerke er trotz der dortigen Gebührenfreiheit keine Verschlechterung in der Lehrqualität.

Für einen Kompromiss trat Prof. Dr. Stefan Winter von der Ruhr-Universität Bochum ein: Durch eine beitragsfreie Studienzeit und die Erhebung einkommensabhängiger Studiengebühren nach dem Studium würden die Benachteiligung von Studierenden aus sozial schwächeren Familien sowie unerwünschte Umverteilungseffekte einer reinen Steuerfinanzierung von Hochschulen vermieden.

Karin Müller

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## CDU warnt: Polen-NRW-Jahr darf kein Strohfeuer werden



„Die großen Chancen des Polen-NRW-Jahres 2011/2012 dürfen nicht durch mangelhafte Vorbereitung vertan werden.“ Davor warnt die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ilka von Boeselager (Foto). Es sei jetzt „höchste Zeit“, die einzelnen Initiativen mit den Schulen, Verbänden, Stiftungen und Partnern seriös vorzubereiten: „Wer möchte, dass das Polen-NRW-Jahr zu einem so großen Erfolg wie das Frankreich-NRW-Jahr in 2008/2009 wird, der muss dafür werben und konkrete Projekte anbahnen.“

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung mit einem parlamentarischen Antrag aufgefordert, kulturelle Begegnungen unmittelbar anzuregen, die Kontakte im Regionalen Weimarer Dreieck jetzt zu aktivieren und wirtschaftliche Repräsentationsmöglichkeiten lebendig zu gestalten.

Damit das Polen-NRW-Jahr nicht nur ein Strohfeuer wird, gelte es, die halbherzigen Vorarbeiten der rot-grünen Minderheitsregierung dringend durch eine Gesamtstrategie zu ersetzen. „Mit Kulturpräsentationen, gemeinsamen Festen und Austauschprogrammen soll das Polen-NRW-Jahr eine Vielzahl von Menschen erreichen, den Wirtschaftsstandort vorstellen und die bereits bestehenden Partnerschaften weiter vertiefen“, erklärt von Boeselager. „Wenn das gelingen soll, muss die Landesregierung zügig auf die vielen Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam machen und zum Beispiel den bildungs- und jugendpolitischen Austausch gezielt motivieren.“



## Sauerländer Tannenbaum schmückt SPD-Foyer

Wohl proportioniert, gerade gewachsen und fast sechs Meter hoch: Stolz nahmen Fraktionschef Norbert Römer und die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, den Weihnachtsbaum vor dem SPD-Fraktionssaal im Düsseldorfer Landtag in Empfang. Spendierte hatte die Nordmann-Tanne die Stadt Schmalleberg. Bürgermeister Bernhard Halbe reiste persönlich aus dem Sauerland an, um den Baum offiziell zu übergeben. Neben Ministerpräsidentin Hannelore Kraft war auch der SPD-Abgeordnete Wolfram Kuschke von dem Prachtexemplar begeistert. Kuschke hatte wie in den vergangenen Jahren den Kontakt mit dem Schmalleberger Bürgermeister hergestellt: „Es ist eine gute und schöne Tradition, dass trotz aller Hektik bei der parlamentarischen Arbeit auch die Adventszeit ihren Platz hat und der Tannenbaum an prominenter Stelle unser Foyer schmückt. Dafür danken wir den Schmallebergern und wünschen allen Nordrhein-Westfalen ein friedliches Weihnachtsfest!“



## Oh Tannenbaum – es grünt im Landtag



Das Schmücken des fraktionseigenen Weihnachtsbaums hat eine lange Tradition in der Grünen Landtagsfraktion. In diesem Jahr wurde die Klasse 1b der Neuling-Grundschule aus Bochum am Nikolaustag in den Landtag eingeladen. Doch bevor es an die Arbeit ging, durften sich die Schülerinnen und Schüler erst einmal ausgiebig im Landtag umschaun und fragen, was sie wissen wollten.

Für das Schmücken hatten sich die 28 Kinder gut vorbereitet: Eigens für diesen Tag hatten sie Engel, Sterne, Rentiere und andere Figuren gebastelt, mit denen sie nun – gemeinsam mit ihrer Lehrerin – den Baum verschönerten. Das prächtige Ergebnis ist vor dem Grünen Fraktionsaal zu bewundern.

Der Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen und die parlamentarische Geschäftsführerin Sigrid Beer begrüßten die kleinen Besucherinnen und Besucher ebenso wie der Vizepräsident des Landtags Oliver Keymis. Zusammen mit den Abgeordneten Matthi Bolte und Andrea Asch ließen sie es sich dann auch nicht nehmen, klassische Weihnachtslieder anzustimmen. Zur festlichen Adventsstimmung trugen auch die von den Kindern vorgetragenen Weihnachtsgedichte bei. Diese begeisterten auch die Grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann, die zufällig vorbeischneite.

Die Kinder freuten sich sehr über die gelungene Veranstaltung und wurden danach mit Weihnachtsgebäck und Kakao bewirtet. Für die Abgeordneten ist das Schmücken zu einer schönen Tradition geworden – für die Kinder war es sicher ein Erlebnis, an das sie sich noch lange erinnern werden.



## FDP-Fraktion: Promotionszugang für Fachhochschulabsolventen erleichtern

Die FDP-Landtagsfraktion möchte mehr Fachhochschulstudenten die Promotion ermöglichen. „Fachhochschulen leisten praxisnahe Forschungsarbeit, die vor allem für kleine und mittelständische Betriebe wichtig ist“, betont Marcel Hafke, hochschulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe und besten Ideen seien Fachhochschulen (FH) und ihre Absolventen unverzichtbar. „Die Stärkung der Fachhochschulen war bereits in der letzten Legislaturperiode ein zentrales Anliegen der Koalition aus FDP und CDU.“ Unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden drei Fachhochschulen neu gegründet und acht bestehende ausgebaut. Dadurch entstanden 11.000 neue Studienplätze. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Studium an einer Fachhochschule. Und zahlreiche Fächer, die gute Zukunftsperspektiven bieten, können nur an einer FH studiert werden.



Marcel Hafke (FDP)

Bei Promotionen sind die FH-Studenten jedoch mit Schwierigkeiten konfrontiert. Fachhochschulen haben kein eigenes Promotionsrecht und für die Zusammenarbeit mit Unis bestehen keine einheitlichen Regeln. „Die FDP möchte den FH-Studenten den Weg zur Promotion erleichtern“, erklärt der Hochschul-Experte. Ziel müsse es sein, dass Fachhochschulabsolventen nach den gleichen Regeln zur Promotion zugelassen werden wie ihre Kommilitonen von den Unis.

„Jungen Menschen, die in ihrem Studium durch sehr gute Leistungen überzeugt haben, muss der Weg zu weiterer Qualifizierung offenstehen“, unterstreicht Hafke. Deshalb fordert die FDP die Landesregierung auf, die Promotionsmöglichkeiten für FH-Studenten zu verbessern. Dazu muss für mehr Transparenz, bessere Betreuung sowie mehr Kooperation zwischen Unis und Fachhochschulen gesorgt werden. „Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob besonders forschungsstarke Fachhochschulen Promotionen in eigener Verantwortung betreuen können.“



## Politikwechsel jetzt – LINKE macht Druck



Rüdiger Sagel (Linke), stv. Fraktionsvorsitzender

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit durch Einnahmeverbesserungen und eine Umverteilung ein. Deswegen haben wir zum Nachtragshaushalt insgesamt 10 Anträge gestellt und Druck gemacht. Statt hauchzarter Korrekturen an der CDU/FDP-Politik lautet unsere Devise: Politikwechsel jetzt!

Wir wollen die Abschaffung der Studiengebühren bereits zum Sommersemester 2011. Wir wollen mehr Geld für die Städte und Gemeinden in NRW. Was SPD und Grüne bereitstellen, ist zwar ein erster Schritt, doch statt der Schließung von Schwimmbädern und Büchereien muss die Finanzierung dauerhaft sichergestellt werden. Wir wollen eine bessere Kinderbetreuung mit guten Löhnen für die Erziehenden. Wir wollen weniger Geld für Banken und deshalb eine Kürzung der 1,3 Mrd. Euro für die WestLB. Doch alle diese Anträge haben SPD und Grüne, ebenso wie CDU und FDP, abgelehnt.

Positiv zu bewerten ist lediglich, dass SPD und Grüne unsere Forderung nach mehr Steuer- und Betriebsprüfern zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und zur Verbesserung der Einnahmesituation, die wir seit Jahren fordern, mitgetragen haben.

Die LINKE steht weiterhin für soziale Gerechtigkeit durch nachhaltige Zukunftsinvestitionen. Original sozial – auch nach der Wahl!



## +++ Meldungen +++

**Schutz vor Sexualstraftätern**

3. Dezember 2010 – „Auch eine polizeiliche Rundum-Observation bietet keinen ausreichenden Schutz für die Bevölkerung.“ Mit Blick auf den Überfall eines gerade entlassenen Sexualstraftäters auf ein 10-jähriges Mädchen in Duisburg forderte Innenminister Ralf Jäger (SPD) im Innenausschuss (Vorsitz Monika Düker, Grüne), die Bundesregierung müsse die „gesetzliche Lücke“ schließen, die durch ein Urteil des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vor einem Jahr entstanden sei. Man brauche die rechtlichen Grundlagen, um solche psychisch gestörten Menschen eben nicht freizulassen, sondern weiter behandeln zu können. Die CDU sah im konkreten Fall hingegen den für die Polizei zuständigen Innenminister in der Verantwortung: Bei einem als besonders gefährlich eingeschätzten Straftäter hätte eine Observation nicht nach sechs Tagen abgebrochen werden dürfen, sondern zur Gefahrenabwehr fortgesetzt werden müssen, forderte Theo Kruse. Handlungsbedarf gebe es auch bei fünf als vergleichbar gefährlich eingeschätzten Personen in NRW, so Peter Biesenbach (beide CDU). Außerdem müsse die Landesregierung die Umsetzung des voraussichtlich Anfang 2011 kommenden Bundesgesetzes zur dauerhaften Therapie dieser Gruppe von Straffälligen vorbereiten und sich Konzepte für diejenigen überlegen, die die Bedingungen dafür nicht ganz erfüllen.

**Rundfunkstaatsvertrag**

9. Dezember 2010 – Mit möglichen Änderungen beim Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sowie beim Rundfunkstaatsvertrag haben sich in der vergangenen Woche sowohl der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) als auch der Haupt- und Medienausschuss (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD) befasst. FDP und Linke kündigten an, den noch von der schwarz-gelben Regierung unterzeichneten 14. Änderungsstaatsvertrag wegen notwendigen Nachbesserungsbedarfs abzulehnen. CDU, SPD und Grüne äußerten hingegen noch keine klare Tendenz für die Abstimmung im Plenum am 16. Dezember. Damit die Verträge in ihrer neuen Form bundesweit in Kraft treten können, müssen alle 16 Landesparlamente die

von den Regierungschefs beschlossenen Änderungen ratifizieren.

**Ladenöffnungszeiten**

8. Dezember 2010 – 18, 20, 22 Uhr: In der Diskussion um Ladenöffnungszeiten forderte die FDP im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) von Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD) eine Aussage, welche Regelung er denn nun anstrebe. Der Angesprochene verwies jedoch auf die gesetzlich vorgeschriebene Analyse, die bis Ende 2011 geplant sei, möglicherweise aber schon im ersten

res aus, und die FDP-Fraktion fordert, sie zu verlängern. „Wir brauchen die Handwerker in den Städten“, bekräftigte Axel Welge vom Deutschen Städtetag im Umweltausschuss (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU). Er unterstützte einen Kompromiss zwischen Landesregierung und Handwerkskammertag, nach der die Übergangsregelung weiter gelten soll, künftig aber an eine schrittweise Umrüstung der Handwerkerfahrzeuge auf die Kriterien der Umweltzonen gebunden ist. Jürgen Eichel vom Verkehrsclub Deutschland wandte sich gegen den FDP-Antrag. Fehlende Planungssicherheit könne kein Argument sein, meinte er. Es sei genug Zeit gewesen, über Nachrüstung oder Ersatz nachzudenken. Als unbürokratische Handhabe lobte Thomas Harten vom Handwerkskammertag NRW die Ausnahmeregelung, hielt aber die nun gefundene Lösung für einen guten Weg, der sowohl dem Gesundheitsschutz als auch dem Handwerk gerecht werde. Kritik am „verbotsorientierten, scharfen Instrument“ Umweltzone generell übte Ocke Hamann (IHK NRW). Emissionen hingen mehr von der Fahrgeschwindigkeit ab als von den Schadstoffklassen der Fahrzeuge. Dagegen argumentierte Dirk Jansen vom BUND, die menschliche Gesundheit vertrage keine Kompromisse.



Illustration: Peter Flock

Halbjahr abgeschlossen werde. Dem Ergebnis wolle er nicht durch eigene Meinungsäußerungen vorgreifen. Die Regierungsfaktionen unterstützten dieses Vorgehen einer „sach- und fachgerechten Prüfung“ der Entwicklung der Waren- und Umsatzströme. CDU und FDP dagegen befürchteten dennoch eine „einseitige Betrachtungsweise“ und verwiesen auf Äußerungen anderer Regierungmitglieder. Notwendig sei eine Berücksichtigung der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Einzelhändler und Warenketten.

**Ausnahmen bei Umweltzonen**

8. Dezember 2010 – Umweltzonen sollen bessere Luft in die Städte bringen. Nur Fahrzeuge mit Umweltplakette dürfen innerhalb dieser Zonen fahren. Ausnahmen gibt es beispielsweise fürs Handwerk. Der Handwerkerparkausweis berechtigt auch ohne Plakette zur Einfahrt. Diese Regelung läuft allerdings Ende des Jah-

**EU-Beihilfen für Bergwerke**

10. Dezember 2010 – Die Abgeordneten im Ausschuss für Europa und Eine Welt (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) haben die Entscheidung der Europäischen Kommission begrüßt, die Beihilfen für nicht wettbewerbsfähige Steinkohlebergwerke bis Ende 2018 zu gewähren. Ursprünglich hatte die Kommission vorgeschlagen, die Beihilfen bereits im Jahr 2014 auslaufen zu lassen. Von diesem Vorschlag sah die Kommission jedoch ab, nachdem das Europäische Parlament für die Variante bis 2018 votiert hatte und sich auch in den betroffenen Regionen Widerstand gegen die Pläne abzeichnete. „Diese Entwicklung zeigt, dass es möglich ist, Einfluss auf Entscheidungen der Europäischen Union zu nehmen“, sagte Abteilungsleiter Dr. Herbert Jacoby aus der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei im Ausschuss. Die Abgeordneten bewerteten die Entscheidung der Kommission mehrheitlich als vernünftig, da jetzt Verlässlichkeit in Bezug auf den Ausstieg aus der Steinkohleförderung garantiert sei. Zudem könne der Ausstieg nun ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen.

## Porträt: Angela Freimuth (FDP)



Schon der Lebenslauf der FDP-Abgeordneten Angela Freimuth weist auf ein hohes Maß an persönlicher Liberalität hin. Werkzeugmacherin und Rechtsanwältin, Expertin für Finanzen und Kultur, Amerika-Fan und leidenschaftliche Patriotin – die 44-Jährige deckt ein für Karrierepolitiker ungewöhnlich breites Spektrum ab. Der große Erfahrungsschatz ist dabei durchaus hilfreich im politischen Betrieb. Seit zehn Jahren ist die gebürtige Lüdenscheiderin Mitglied des NRW-Landtags, von 2005 an auch Vizepräsidentin.

Eigentlich wollte Angela Freimuth der Republik in jungen Jahren den Rücken kehren und wie zwei Brüder ihres Vaters in die Vereinigten Staaten auswandern. Um die eigenen Chancen für eine Aufnahme in den USA zu verbessern, absolvierte die junge Frau nach dem Abitur eine Lehre als Werkzeugmacherin. „Ich bin nicht aus Zucker“, berichtet Freimuth nicht ohne Stolz über tolle Erfahrungen an der Werkbank. Kleinere Reparaturen im Haushalt erledigt die patente Mutter eines Sohnes noch heute selbst. Gelernt ist gelernt.

Nach der Lehre entschied sich die Sauerländerin 1988 dann aber doch für ein Jurastudium in Bonn. 1998 wurde Angela Freimuth nach dem 2. juristischen Staatsexamen als Rechtsanwältin zugelassen und ist selbstständig tätig. Dieser Schritt bedeutete allerdings auch den Abschied von der Idee der Auswanderung. Die Entscheidung für Deutschland hat die Liberale nie bereut. Zwar reist sie regelmäßig und begeistert in die USA – Freimuth pflegt aber einen gesunden Patriotismus: „Ich liebe gern hier. Deutschland ist ein tolles Land.“

In der FDP hat die lebensfrohe Politikerin schnell Karriere gemacht. Heute ist sie Bezirksvorsitzende Westfalen West, stellvertretende Landesvorsitzende und sitzt seit 2003 auch im FDP-Bundesvorstand. Als Landtagsvizepräsidentin bemüht sich die Liberale um mehr

Nähe zu Jugendlichen. In den letzten Jahren sind Freimuth und ihre vier Mitstreiter im Präsidium regelmäßig in die Schulen gegangen, um junge Menschen für Demokratie und Parlamentarismus zu begeistern. Was wird gefragt? „Es gibt sehr politische Diskussionen. Oft stehen aber auch Fragen nach der PS-Zahl des Dienstwagens, nach meinem Gehalt oder ob ich Haustiere habe im Vordergrund.“ Oberstufenschüler interessiert eher, welche politische Haltung die FDP-Politikerin zu tagesaktuellen Fragen hat. Als Vizepräsidentin bemüht sich Freimuth um Überparteilichkeit in der Amtsführung. „Ich bin aber kein politisches Neutrum. Da gibt es auch markige Sprüche.“

Abseits ihres politischen Aktionsfeldes im Landtag sucht die Liberale Entspannung beim Kochen mit Freunden, in der Familie und bei Musik, Krimis und im Kino. Welche Fehler sie entschuldigt? „Kein Mensch ist ohne Fehler.“ Politisch am Herzen liegt der Liberalen das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wer Beamte einstellt, soll schon heute für spätere Pensionen Vorsorge schaffen. „Es geht nicht an, dass wir unseren Kindern die Rechnung für unsere Personalpolitik präsentieren“, warnt Freimuth.

### TOLERANZ

Dass eine Juristin von 2005 bis 2010 gleichzeitig als finanz- und kulturpolitische Sprecherin der FDP im Landtag agierte, hält die Vizepräsidentin für durchaus normal. Außerdem sei die „inspirierende Unordnung“ der Akteure im Kunstbetrieb für eine Anwältin hochinteressant. „Das sind tolle Leute, die anders ticken und Kreativität freisetzen“, weiß Freimuth.

Auch die eher nüchterne Parlamentsarbeit empfindet die Juristin aber als spannend. Mit dem Einzug der Linkspartei sind neue Personen auf die politische Bühne im Landtag getreten. Über die Zusammenarbeit mit der Linken Ursula Böth im Präsidium kann und will Freimuth bislang nichts Negatives sagen – auch wenn beide programmatisch Welten trennen. An der FDP habe ihr immer die Betonung der Toleranz gegenüber Andersdenken gefallen, erinnert sich die Liberale, warum sie sich in jungen Jahren gerade der FDP angeschlossen habe.

Im Amt der Vizepräsidentin sieht Angela Freimuth einen wesentlichen Teil ihrer Aufgabe darin, für ein geordnetes Verfahren im Parlament zu sorgen. „Die Leute wollen, dass wir uns um Lösungen kümmern und nicht gegenseitig mit Schuldvorwürfen überschütten.“

Wilfried Goebels

## Weltweite Kontakte: Die Parlamentariergruppen

Auch in der 15. Wahlperiode pflegt der Landtag Nordrhein-Westfalen weltweite Freundschaften. Das Präsidium des Landtags hat angeregt, Parlamentariergruppen einzurichten, die den Kontakt zu anderen Parlamenten und weiteren Akteuren in Europa und der Welt fördern sollen. In diesen offiziellen Gremien des Landtags engagieren sich Abgeordnete aus allen fünf Fraktionen auf freiwilliger Basis für den internationalen und interkulturellen Austausch. Regelmäßig kommen die Gruppen zu Arbeitssitzungen im Düsseldorfer Haus des Landtags zusammen und haben aus den Reihen ihrer Mitglieder mittlerweile ihre Vorsitzenden sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt.

Insgesamt haben Ende November und Anfang Dezember acht Parlamentariergruppen ihre Arbeit aufgenommen. Das sind die Gruppen Benelux (Vorsitz Eckhard Uhlenberg, CDU), China (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD), Frankreich (Vorsitz Oliver Keymis, Grüne), Israel (Vorsitz Dr. Jürgen Rüttgers, CDU), Ost-/Mitteleuropa (Vorsitz Gunhild Böth, Linke), Polen (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU/Wolfram Kuschke, SPD), Türkei (Vorsitz Carina Gödecke, SPD) und USA (Vorsitz Angela Freimuth, FDP). Organisatorisch begleitet und unterstützt werden die Gruppen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Eine Übersicht über die Parlamentariergruppen sowie ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner ist zu finden auf den Internetseiten des Landtags Nordrhein-Westfalen ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) unter der Rubrik Abgeordnete/Parlamentariergruppen.

SW

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),  
Sonja Wand (sow, Redakteurin),  
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),  
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; N.N. (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Gerhard Militzer (Linke), stv. Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de),  
[www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstage

Vom 17. Dezember 2010 bis zum 18. Januar 2011

18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	40
20.12. Gottschlich, Margret (SPD)	62
21.12. Vogt, Alexander (SPD)	32
30.12. Keymis, Oliver (Grüne)	50
1.1. Töns, Markus (SPD)	47
4.1. Kleff, Hubert (CDU)	63
5.1. Atalan, Ali (Linke)	43
5.1. Engstfeld, Stefan (Grüne)	41
6.1. Garbrecht, Günter (SPD)	61
7.1. Schmeltzer, Rainer (SPD)	50
10.1. Lehne, Olaf (CDU)	49
10.1. Hovenjürgen, Josef (CDU)	48
18.1. Engel, Horst (FDP)	64

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

30.12. Grevener, Walter (SPD)	80
31.12. Schaufuß, Jürgen (SPD)	70
5.1. Falk, Hildegard (SPD)	70

## Friedenslicht – Sternsinger

Pfadfinderinnen und Pfadfinder aus NRW haben am 15. Dezember 2010 dem Landtagspräsidenten das Friedenslicht aus Bethlehem überreicht. Das Licht bringt Frieden für Menschen aller Religionen und soll sie zum Nachdenken und zum gemeinsamen Gespräch anregen.

Am Freitag, 7. Januar 2011, empfängt der Landtag die Sternsinger der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk. Unter dem Motto „Kinder zeigen Stärke“ fördert die Aktion insbesondere Initiativen in Kambodscha.

## Neues Video

„Jede Stimme zählt“ – so der Titel des neuen Films über die Konstituierung des Landtags in der 15. Wahlperiode. Er ist online auf der Internetseite des Landtags [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) abrufbar.

## Termine

17.-21. Januar 2011 Ausstellung „Risiko raus“ Wanderausstellung zum Thema „Sicher fahren und transportieren“.

Nächstes Plenum 19.-20. Januar 2011. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint voraussichtlich am 19. Januar 2011.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Msgr. Martin Hülskamp, luden die Abgeordneten vor der Plenarsitzung am 16. Dezember 2010 zu einer vorweihnachtlichen Besinnung ein. Die nächste Landtagsandacht ist am 20. Januar 2011.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Es spiegelt sich ...

... der Landtag in der Glaskugel am Weihnachtsbaum. Schön und stattlich schmückt er die Bürgerhalle unseres Parlaments. Ich wünsche Ihnen herzlich, dass Ihr adventlicher Blick zurück auf das Jahr 2010 Ihnen Freude macht und dass der Ausblick auf 2011 frohe Erwartungen auf Licht und Freude im Leben mit sich bringt. Im Namen aller Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags Nordrhein-Westfalen wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Ihr

Eckhard Uhlenberg  
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte